

„Wir haben die Linie klar gezogen“

AICHWALD: Proppenvolle Schurwaldhalle bei der Bürgerversammlung zur Windenergie - Starker Applaus für die Kritiker



Peter Horngacher (rotes Jacket), einer der Sprecher der Bürgerinitiative Pro Aichwald, erläutert Besuchern der Bürgerversammlung vor dem großen Saal die Auswirkungen der Windräder. Foto: Kaier

438 Stühle haben in der Schurwaldhalle bei weitem nicht ausgereicht, um allen Besuchern der Bürgerversammlung zur Windenergie auf dem Schurwald Platz zu bieten. Die beiden Vertreter der Planungsgesellschaft für den Windpark erhielten freundlichen Beifall. Schließlich sind die Aichwalder höfliche Gastgeber. Mit ihrem donnernden Applaus für die Kritiker des Projekts haben die Anwesenden aber deutlich gemacht, dass sie keine Windräder in ihrer Nähe wollen.

Von Klaus Harter

Das Spektrum der Meinungen reichte von totaler Ablehnung eines Windparks bis zu einem Ja, wenn die Betreiber schärfere Vorgaben einhalten als sie der Entwurf des Regionalplans vorsieht. Wenn sich Windräder nicht vermeiden lassen, sollen sie wenigstens in einem Abstand von der Bebauung errichtet werden, der dem Zehnfachen ihrer Höhe entspricht, forderte die Bürgerinitiative Pro Aichwald. Sie verweist auf solche Vorgaben in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Alexander Frank berichtete von Gesprächen mit Anwohnern von

Windrädern in Berghülen auf der Schwäbischen Alb. Für sie sei nicht die Lautstärke der Anlagen das Problem, sondern das ständig wiederkehrende schwingende Geräusch. Die Mitglieder der Initiative hätten auch den Schattenschlag der Rotoren als störend empfunden. Und überrascht seien sie gewesen, dass sie Eisbrocken entdeckten, die die Rotoren von sich schleuderten.

„Kein Wunschkonzert für Abstände“

Die Gemeinde würde einen Windpark unterstützen, wenn die Anlagen mindestens 1000 Meter entfernt von jeglicher Bebauung stehen, erklärte Bürgermeister Nicolas Fink. Das gelte auch für Gewerbegebiete. Wobei er einräumte, dass es dafür weder eine gesetzliche noch eine wissenschaftliche Begründung gebe. „Bei den Abständen gibt es kein Wunschkonzert“, betonte Thomas Kiwitt, Planungsdirektor des Verbands Region Stuttgart. Der Entwurf des Regionalplans sehe 700 Meter Abstand zu Wohngebieten und 450 Meter zu Gewerbegebieten vor, weil das Land dies so festgelegt habe. Daran sei der Regionalverband gebunden. Maßgebend für die Entfernung sei jedoch, dass in Wohngebieten nachts die Lärmgrenze von 35 Dezibel eingehalten werde und 45 Dezibel in Misch- und Gewerbegebieten. „Wir reden über riesige Bauwerke“, sagte Kiwitt gleich zu Beginn. Deren Auswirkungen machten vor Gemarkungsgrenzen nicht halt. Dennoch sei der Verband Region Stuttgart gefordert, auch im dicht besiedelten Raum Gebiete für Windräder auszuweisen. Der Regionalplan werde „nur genehmigt, wenn wir ausreichend Standorte ausweisen“, betont Kiwitt. Wichtig sei auch, das Planwerk gerichtsfest zu machen. Die beiden Esslinger Vorranggebiete seien nach der ersten Anhörungsrunde zusammengelegt worden, um mehr Flexibilität für die Aufstellung von Windrädern zu schaffen. Das Gebiet könne aber noch wesentlich kleiner werden, weil ein Teil in einem Landschaftsschutzgebiet liege und die genaue Prüfung durch die Flugsicherung noch ausstehe. Überdies werde im Genehmigungsverfahren genau geprüft, ob die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Auch, ob der Rote Milan in dem Vorranggebiet vor Aichschieß brütet, wie die Bürgerinitiative festgestellt hat. Eine Galerie von Windrädern, die sich über sechs Kilometer erstreckt, schloss Kiwitt definitiv aus.

„Kein Verhandlungsspielraum“

Die Stadtwerke Esslingen (SWE) und die EnBW Erneuerbare und Konventionelle Erzeugung GmbH haben die Windpark Schurwald GmbH gegründet und sich die Fläche auf Esslinger Gemarkung gesichert. An einer möglichen Betreibergesellschaft könnten sich später auch Bürger beteiligen, sagten SWE-Geschäftsführer Wolfgang Lotz und Heiko Thier, Projektleiter der EnBW-Tochter. Sie betonten, dass sie keine politischen Vorgaben zu erfüllen hätten, sondern allein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten handelten. Deshalb würden Windräder nur gebaut, wenn sie wirtschaftlich betrieben werden können. Ob der Wind wirklich stark genug weht, soll ein Jahr lang mit einem Messmast ermittelt werden, der möglichst bald aufgestellt werden solle, erklärte Thier.

Theoretisch hätten zwölf Windräder in dem Vorranggebiet Platz, sagte Thier. Vermutlich entfielen aber fünf wegen der Flugsicherung. Da die definitive Abgrenzung noch nicht feststehe, sei es nicht möglich, konkrete Standorte zu nennen. Wenn ein Abstand von 1000 Metern möglich sei, werde dieser eingehalten, ansonsten müsse man miteinander reden, sagte Lotz. Bürgermeister Fink stellte jedoch klar: „Es gibt für uns keinen Verhandlungsspielraum. Wir haben die Linie klar gezogen.“